

Plakate zu Grünen NRW Themen

Antragsteller*in: Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen)
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

Antragstext

1 Der Landesverband wird gebeten regelmäßig Plakate mit Bezug zu Grünen NRW-Themen
2 erstellen zu lassen.

Begründung

Viele Ortsverbände (insbesondere im ländlichen Raum) verfügen über klassische Schaukästen.

Darüber hinaus nehmen Ortsverbände als Aussteller an Orts- oder Stadtfesten teil, auf denen Bürger:innen beispielweise mittels Klapprahmen auf aktuelle Themen aufmerksam gemacht werden können.

Wir sind – gerade in den wahlkampffreien Zeiten – daran interessiert die gute GRÜNE Arbeit zu kommunizieren. Leider gibt es im e-shop keine Plakate, die diese Themen ansprechen.

Daher beantrage ich, dass der Landesverband regelmäßig Plakate (beispielsweise in A0 quer oder A1 quer / hochkant) mit Bezug zu Grünen NRW-Themen erstellt und diese über etablierte Kanäle (z. Bsp. dem e-shop) gegen Kostenersatz vertreibt.

IN-01 In NRW vereint: Gemeinschaft stärken, Faschismus bekämpfen, Demokratie leben

Gremium: Landesparteirat (LPR)
Beschlussdatum: 15.10.2023
Tagesordnungspunkt: 3. In NRW vereint: Gemeinschaft stärken, Faschismus bekämpfen, Demokratie leben

Antragstext

1 Unsere Demokratie ist die Basis für eine Gesellschaft, in der alle Menschen
2 gleich an Würde und Rechten leben können und in der Teilhabe und
3 Selbstbestimmung für alle möglich ist. Sie lebt davon, dass sich Menschen
4 einbringen und mitbestimmen. Sie kann auch anstrengend sein, wenn
5 unterschiedliche Positionen aufeinandertreffen und diskutiert werden müssen.
6 Doch der demokratische Wettstreit um die besten Ideen ist Kern einer lebendigen
7 Demokratie und macht diese erfolgreich. Die Grenzen sind dort erreicht, wo kein
8 Wettbewerb mehr stattfindet, sondern Menschen diskriminiert, herabgesetzt und
9 durch Hass und Hetze aus der öffentlichen Debatte ausgegrenzt werden sollen.
10 Dagegen muss unsere Demokratie wehrhaft sein und ist es auch. Dass eine
11 deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland die Demokratie für die richtige
12 Staatsform hält, zeigt, wie verankert sie ist. Die Basis unserer Demokratie
13 bilden die im Grundgesetz verankerten Grund- und Menschenrechte. Gemeinsam mit
14 anderen Demokrat*innen werden wir die Demokratie gegen ihre Feind*innen
15 verteidigen. Gleichzeitig arbeiten wir auch daran, die Demokratie zu stärken,
16 weiterzuentwickeln und so mehr Teilhabe zu ermöglichen.

17 Eine Gemeinschaft, die gerade in ihrer Unterschiedlichkeit zusammenhält und ihre
18 Minderheiten schützt, ist das Lebenselixier von Demokratien. Zusammenhalt in der
19 Gesellschaft macht Wandel und Fortschritt möglich, schützt Bewahrenswertes und
20 stärkt unsere Belastbarkeit und Resilienz in Zeiten multipler Krisen. Es ist
21 daher unsere politische Aufgabe, einer Gefährdung des gemeinschaftlichen Wir und
22 unseres Zusammenhalts entschieden entgegenzutreten. Denn vom Faschismus und den
23 Feind*innen der Demokratie werden wir alle als gesamte demokratische
24 Gesellschaft bedroht.

25 Ein zentraler Faktor zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist das
26 Vertrauen: Das Vertrauen in den Staat und seine Wirksamkeit, in unser
27 demokratisches politisches System, aber auch in das Vertrauen zueinander – von
28 Mensch zu Mensch. Klare Verfahren, Transparenz und eine offene Vermittlung von

29 Entscheidungen und Kompromissen stärken das Vertrauen und sind ein Auftrag an
30 alle handelnde politischen Akteur*innen. Wir stehen für eine Politik, die den
31 Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns setzt.

32 **Ein Staat, der funktioniert, Herausforderungen löst und Sicherheit gibt**

33 Das Vertrauen der Menschen in ihren Staat ist dann besonders hoch, wenn sie das
34 Gefühl haben, dass sich die Regierung und ihre Verantwortungsträger*innen um
35 aktuelle Herausforderungen zuverlässig kümmern, vorausschauend handeln und
36 Maßnahmen treffen, um auf Unvorhergesehenes zu reagieren. Entsprechend haben
37 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU ihre ambitionierten Ziele transparent und
38 nachprüfbar in einer Koalitionsvereinbarung niedergelegt. Zugleich wurde rasch
39 und umfassend auf kurzfristige und nicht vorhersehbare Entwicklungen im
40 Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine mit Maßnahmen reagiert, um
41 die soziale Infrastruktur und die Kommunen zu unterstützen, Arbeitsplätze zu
42 sichern, Betriebe zu stützen und eine stabile Energieversorgung zu
43 gewährleisten.

44 Wir GRÜNE NRW sehen es als unsere Aufgabe an, die Menschen nicht nur
45 "mitzunehmen", sondern die Antworten gemeinsam zu gestalten. Jede*r von uns
46 möchte Veränderungen verstehen, mitgestalten, Teil dessen sein, und Teil einer
47 Gemeinschaft, die die Zukunft gestaltet.

48 Für viele Menschen hat das Versprechen von gesellschaftlichem Wohlstand und
49 Sicherheit jedoch durch die wirtschaftliche Entwicklung und Inflation, die
50 Auswirkungen der Klimakrise, den Krieg in Europa, und den daraus resultierenden
51 Fluchtbewegungen auf der Welt tiefe Risse bekommen. Immer mehr Menschen erleben
52 spürbar die Herausforderungen der wirtschaftlichen Lage. Damit gehen zu oft
53 Verlustängste und schwindendes Vertrauen in den Staat und unser politisches
54 System einher. Zweifelt die Bevölkerung die Funktionsfähigkeit des Staates an,
55 erodiert das Fundament unserer Demokratie. Bereits zu Beginn dieser
56 Legislaturperiode haben wir als schwarz-grüne Koalition Maßnahmen getroffen, um
57 einen funktionierenden Staat zu stärken, insbesondere in den Bereichen, in denen
58 die Menschen unmittelbar die Leistungsfähigkeit des Staates erfahren und
59 erwarten: An den Schulen haben wir die Anzahl der Lehrkräftestellen um mehr als
60 3.000 erhöht und die Verdienstlücke zwischen Lehrkräften an den Grundschulen und
61 Gymnasien geschlossen. 3.000 Polizeianwärter*innen starten 2023 die
62 Polizeiausbildung. NRW führt ein vergünstigtes Sozialticket als Variante des
63 Deutschlandtickets ein, um von Armut betroffenen Menschen mehr Teilhabe durch
64 Mobilität zu ermöglichen. Es ist entscheidend, dass der Staat die Transformation
65 sozialgerecht gestaltet, sodass jede*r davon profitiert. Wir werden Armut
66 bekämpfen und die soziale Infrastruktur vor Ort stärken.

67 Kontakte mit staatlichen Behörden und der Verwaltung im Alltag der Bürger*innen
68 wollen wir einfacher und verständlicher machen. Dazu gehört eine Verwaltung, die

69 mehrere Sprachen anbietet, aber auch eine digitale Strukturreform für die
70 Landesbehörden und die kommunalen Verwaltungen. Solo-Selbstständige und kleine
71 Unternehmen wollen wir von übermäßigen Bürokratieranforderungen und
72 Aufzeichnungspflichten entlasten, indem wir Bagatellgrenzen einführen bzw.
73 anpassen, Statistikabfragen bündeln und das Prinzip der Änderungsmitteilung
74 (Daten werden nur bei signifikanten Veränderungen übermittelt) ausweiten.

75 Wir GRÜNE NRW stellen uns der Verantwortung, auch in herausfordernden Zeiten
76 Entscheidungen zu treffen, Sicherheit zu schaffen und eine sozial-ökologische
77 Transformation voranzubringen. Dafür brauchen wir alle Talente, einen Willen zum
78 Gemeinwohl und Optimismus. Gerade durch Transformation schaffen wir einen
79 nachhaltigen Wohlstand und Sicherheit. Wir investieren in unsere Zukunft: Wir
80 gestalten den Strukturwandel, stärken unsere soziale Infrastruktur und schaffen
81 gleichwertige Lebensverhältnisse, z. B. durch bezahlbares Wohnen und nachhaltige
82 Stadtentwicklung.

83 Um diese Zukunftsaufgaben anzugehen und ein friedliches, respektvolles und
84 vielfältiges Leben zu führen, benötigen wir eine starke Demokratie. Und diese
85 ist nur so stark, wie die Gesellschaft, die sie bildet. Dafür braucht es einen
86 Aufbruch aller Demokrat*innen und ein gemeinsames Einstehen für unsere
87 demokratischen Grundwerte und den Schutz derer, die sie verteidigen. **Es braucht**
88 **ein „Wir“-Update.**

89 **Das Gemeinsame im Nahen kennen lernen**

90 Zusammenhalt in der Gesellschaft entsteht, wenn man gemeinsame Erfahrungen
91 macht. Soziale Interaktionen und soziale Begegnungen schaffen und stärken das
92 Gemeinschaftsgefühl. Denn im ständigen Kontakt und Dialog fallen
93 Berührungspunkte, Vorurteile können reflektiert werden und wir entwickeln ein
94 besseres Verständnis für unterschiedliche Werthaltungen, Lebensentwürfe,
95 Familienkonstellationen und kulturelle Hintergründe. Wir lernen voneinander –
96 Gemeinsamkeiten verbinden, Unterschiede schwinden.

97 Wenn Nachbar*innen sich kennenlernen, einander unterstützen und in Notlagen
98 helfen, entsteht Gemeinschaft und Zugehörigkeit. Insbesondere in schwierigen
99 Zeiten hat die gemeinsame Kraftanstrengung von Menschen innerhalb der
100 Stadtteile, Ortschaften und Quartiere herausragendes vollbracht. So wurden
101 innerhalb kürzester Zeit Unterkünfte und Hilfsgüter für Geflüchtete aus der
102 Ukraine und anderen Krisenregionen organisiert. Eine zentrale Lehre:
103 Nachbarschaft hat eine starke soziale Bindungskraft.

- 104 • Gemeinwohl bedeutet nicht nur Familie und Freund*innen, er beginnt oft
105 genau an unserer Türschwelle und in unserer Nachbarschaft. Dort begegnen
106 sich Fremde auf engem Raum. Damit sich die Nachbarschaft gerade in den
107 Städten begegnen kann, braucht es öffentliche Plätze. Wir setzen uns daher

108 für eine andere Art von Stadtentwicklung ein. Statt auf Parkplätze setzen
109 wir auf **Orte der Begegnung**, auf mehr Raum für Straßenfeste und ihre
110 unbürokratische Beantragung. Viele europäische Großstädte machen das
111 Modell der sozial ausgewogenen Wohn- und Stadtplanung bereits vor. Dafür
112 möchten auch wir uns stärker einsetzen. Darüber hinaus wollen wir mehr
113 Orte der Begegnung auf öffentlichen Plätzen, in Kunst- und
114 Kultureinrichtungen und Bibliotheken und Gemeinschaftszentren schaffen und
115 sie stärken.

116 • Wir wollen die Schweizer Idee der Allmende nach NRW bringen. Diese Wiesen
117 im Allgemeinbesitz können gemeinschaftlich genutzt und geprägt werden. In
118 ländlichen Räumen braucht es für Begegnungen vor allem Gelegenheiten und
119 gemeinsame Aktivitäten und Feste – hier leisten die unterschiedlichen
120 Vereine und zivilgesellschaftlichen Akteure einen zentralen Beitrag. Orte
121 der Begegnung und **Akteure der Begegnung**: Sie stehen im Zentrum unserer
122 Nachbarschaftspolitik.

123 • NRWs Zivilgesellschaft ist vielfältig und stark. Die vielen engagierten
124 Menschen tragen zum gemeinschaftlichen Füreinander und Miteinander bei.
125 Sei es der Sportverein von nebenan, der Jung und Alt zusammenbringt oder
126 der interkulturelle Verein, der sich für mehr Verständigung einsetzt. Sie
127 alle schaffen Möglichkeiten der Begegnung.

128 **Klare Haltung gegen Rechtsextremismus und Rassismus**

129 Krisen werden von rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Akteur*innen
130 als Nährboden für Hass und Hetze genutzt. Soziale Netzwerke, die negative
131 Botschaften wie Hass, Hetze und Desinformation deutlich stärker verbreiten als
132 Fakten oder positive Botschaften, bieten ihnen einen enormen Vorteil gegenüber
133 demokratischen Parteien. Mit der Corona-Pandemie, dem Angriffskrieg gegen die
134 Ukraine und den Auswirkungen auf die Energiekosten und Verbraucherpreise auch
135 hier in Deutschland sowie mit ihrer Leugnung der Folgen der Klimakrise, finden
136 rechtsextremistische Parteien gezielt Anlässe, um antidemokratische Positionen
137 zu propagieren, den demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen zu
138 delegitimieren, Menschen zu verunsichern und Rassismus, Antisemitismus, Frauen-
139 und Queerfeindlichkeit und andere menschenverachtende Einstellungen zu schüren.

140 Von der Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung aufgrund der multiplen Krisen,
141 profitieren aktuell rechtsextreme Akteur*innen, jedoch ist dies nicht die
142 einzige Ursache. Rassismus und andere menschenverachtende Einstellungen sind
143 strukturell verankert und finden sich in der Mitte der Gesellschaft. Dass diese
144 Positionen auch in der demokratischen Mitte unseres Parteiensystems lauter

145 werden, alarmiert uns und darf von demokratischen Akteur*innen nicht
146 unbeantwortet bleiben. Seit Jahren erleben wir eine Zunahme von Hate Speech und
147 die Verbreitung von Verschwörungsmymen, die oftmals antisemitisch und
148 rassistisch geprägt sind. Extrem rechte Positionen und Erzählungen sind deshalb
149 eine konkrete Gefahr für gesellschaftliche Minderheiten und für unsere gesamte
150 demokratische Gesellschaft, denn die Geschichte lehrt uns: aus Worten werden
151 Taten.

152 Rechtsextremismus kann nicht wirksam bekämpft werden, ohne Rassismus zu
153 bekämpfen. Denn der Kern von Rechtsextremismus ist Rassismus, oft gepaart mit
154 struktureller Frauenverachtung. Antifeminismus und Rechtsextremismus gehen Hand
155 in Hand. Geprägt von hegemonialen Männlichkeitsbildern stellen starke,
156 emanzipierte Frauen ein weit verbreitetes Feindbild der rechten Szene dar. Viele
157 Menschen erleben in unserer Gesellschaft täglich Diskriminierung – auf dem
158 Schulhof, auf öffentlichen Plätzen, bei der Wohnungssuche. Auch wenn Rassismus
159 nicht alle Menschen unserer Gesellschaft trifft, so geht er uns alle etwas an.
160 Denn eine demokratische Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit
161 ihren Minderheiten umgeht und wie nahrhaft der Boden ist, auf dem Hass und Hetze
162 gesät werden. Als GRÜNE NRW kämpfen wir entschieden gegen Rassismus und
163 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dazu gehören für uns der Schutz vor
164 Diskriminierung, die Schaffung eines rassismuskritischen Bewusstseins in der
165 Gesellschaft und im Staat sowie die Abbildung von vielfältigen Perspektiven und
166 Lebenswirklichkeiten in unserer Partei und unseren Parlamenten.

167 Die aktuell hohen Umfragewerte einer eindeutig rechtsextremistischen Partei sind
168 ebenso erschreckend, wie die Anzahl ihrer Mandatsträger*innen in Bund, Land und
169 Kommunen. Neben einer menschenverachtenden, demokratie- und europafeindlichen
170 Politik, wird der Klimaschutz, ein Thema, das im Interesse unser aller, unserer
171 Kinder und weiterer Generationen ist, abgewertet und instrumentalisiert, um
172 Emotionen und Ängste zu schüren. Auch ist die Politik von Rechtsextremen nicht
173 sozial – ihre Steuerpolitik sorgt für eine Umverteilung von unten nach oben.

174 • Seit unserer Gründung setzen wir Grüne uns für eine demokratische,
175 vielfältige, inklusive und offene Gesellschaft ein. Demokratie, Freiheit,
176 Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte waren von Beginn an die
177 Richtschnur unserer Politik. Unsere Aufgabe ist es, im engen
178 Schulterschluss mit den anderen demokratischen Parteien, den Medien und
179 der Zivilgesellschaft, keine Normalisierung rechter und antidemokratischer
180 Sprache, Narrative, Feindbilder und Politikstile zuzulassen. **Das schaffen wir, indem wir uns hiervon deutlich und in jeglicher Hinsicht abgrenzen und das auch von unseren demokratischen Mitbewerber*innen einfordern.**

183 • Menschen vor Rassismus und anderer menschenverachtender Diskriminierung
184 und Gewalt zu schützen und sie zu unterstützen, ist die Aufgabe der

185 gesamten Gesellschaft. Mit der **Finanzierung von Beratungsstrukturen gegen**
186 **Rechtsextremismus und Rassismus**, also der Mobilen Beratung gegen
187 Rechtsextremismus, der Opferberatung und der Aussteigerberatung, reagiert
188 die schwarz-grüne Koalition auf den höheren Beratungsbedarf. Mit dem
189 **Landesantidiskriminierungsgesetz** und der **Landesantidiskriminierungsstelle**
190 wird das grün geführte Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
191 Gleichstellung, Flucht und Integration Betroffene unterstützen, sich gegen
192 Diskriminierungen zu wehren. Dabei wollen wir jede Benachteiligung
193 aufgrund von Alter, Behinderung, Bildungsstatus, geschlechtlicher
194 Identität, Nationalität, rassistischer Zuschreibung, religiöser
195 Überzeugung, sexueller Orientierung oder sozialer Herkunft in den Blick
196 nehmen.

197 • Die schwarz-grüne Landesregierung wird die Handlungskonzepte gegen
198 Rechtsextremismus und Rassismus im Austausch mit der Zivilgesellschaft und
199 insbesondere unter Einbindung der **Perspektive der von Rassismus**
200 **betroffenen Menschen** weiterentwickeln.

201 • Wir begrüßen, dass Spezialist*innen von Staatsanwaltschaften und Polizei
202 verstärkt gegen Hass, Hetze und Gewalt sowohl im Internet, wie in der
203 analogen Welt vorgehen. Es darf keine rechtsfreien Räume für
204 Rechtsextremismus und Rassismus geben. Unser demokratischer Rechtsstaat
205 muss sich als wehrhaft erweisen. Daher unterstützen wir die
206 Bundesratsinitiative von NRW-Justiz- und NRW-Innenministerium, mit der der
207 Austausch rassistischer, antisemitischer oder fremdenfeindlicher Inhalte
208 im öffentlichen Dienst auch in geschlossenen Chatgruppen unter Strafe
209 gestellt wird.

210 • Antidemokratische, rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien
211 verfolgen die Strategie von gezielter Provokation und Rückzug mit dem
212 Ziel, die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben und
213 Gewöhnungseffekte zu schaffen. Wir GRÜNE NRW sehen es als unsere Pflicht,
214 dem entgegenzutreten. Rechtsextremistische und rechtspopulistische
215 Parteien sind kein akzeptabler Teil des politischen Spektrums.
216 Antidemokratische, menschenrechtsfeindliche, rechtsextremistische und
217 rechtspopulistische Positionen, Hass und Hetze, Rassismus,
218 Diskriminierung, Queer- und Frauenfeindlichkeit, die Verschiebung des
219 Sagbaren, Diffamierung, Verschwörungsmymen und Lügen dürfen nicht
220 unwidersprochen bleiben. **Für uns GRÜNE NRW war, ist und bleibt daher klar:**
221 **Keine Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen und rechtspopulistischen**
222 **Parteien und Gruppierungen.** Selbst kleinste Kooperationen und
223 Zugeständnisse führen zur Normalisierung. Für uns gilt auf allen
224 politischen Ebenen unerschütterlich: Kein Fußbreit den Faschisten!

- 225 • Auf dem Feld der Flüchtlings- und Integrationspolitik erleben wir, wie in
226 kürzester Zeit menschenrechtsfeindliche Positionen und rassistische
227 Erzählungen unkritisch übernommen wurden. Sie verkleinern den Raum für
228 eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik, reaktivieren Positionen
229 in der Integrationspolitik aus den dunklen 90er-Jahren und machen
230 letztlich zu schützende Gruppen unserer Demokratie zur Zielscheibe. Wir
231 GRÜNE NRW bleiben der Fels in der Brandung für eine Flüchtlingspolitik,
232 die sich an Fakten und wirksamen Maßnahmen orientiert. Wir stehen zu
233 unserer demokratischen Einwanderungsgesellschaft und zum individuellen
234 Asylrecht.

235 **Demokratie in einer offenen Gesellschaft leben**

236 Demokratie ist nie fertig, sondern immer in Bewegung. Sie muss offen bleiben für
237 Impulse aus- und Veränderungsprozesse in der Gesellschaft. Und sie wird von
238 einer vielfältigen, toleranten und friedlichen Zivilgesellschaft getragen.

239 Für ein offenes, vielfältiges und demokratisches Nordrhein-Westfalen engagieren
240 sich täglich Millionen Menschen in unserem Land. Sie heißen Geflüchtete
241 willkommen, demonstrieren für die Rechte von queeren Menschen, kämpfen für
242 globale Gerechtigkeit, gestalten die europäische Einigung und sorgen so dafür,
243 das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: **Wir sind verschieden und dabei
244 gleich an Rechten und Würde.** Wir kämpfen gemeinsam mit dieser engagierten
245 Zivilgesellschaft für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für
246 alle gibt und in der Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung,
247 Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere Rechte eine
248 Selbstverständlichkeit sind.

249 Unser Verständnis für mehr Demokratie und Einsatz gegen Rassismus ist
250 transnational und stellt sich schützend vor Minderheiten und demokratische
251 Stimmen. Zu oft werden ethnische und religiöse Minderheiten sowie demokratische
252 Stimmen auch zur Zielscheibe organisierter Kampagnen. In diesem Zusammenhang
253 nehmen wir so die stetigen Hinweise des nordrhein-westfälischen
254 Verfassungsschutzes ernst, die auf die politische und gesellschaftliche
255 Einflussnahme durch herkunftsstaatlich-orientierte und demokratiefeindliche
256 Diasporavereine sowie Netzwerke aufmerksam machen.

257 Unsere Demokratie muss immer wieder neu erarbeitet, weiterentwickelt und
258 verteidigt werden. Dafür stärken wir unseren Einsatz für unser demokratisches
259 System gemeinsam mit den Menschen in unserer Gesellschaft.

- 260 • Damit mehr Menschen ihr Recht auf die Wahl ihrer Vertreter*innen
261 wahrnehmen können, werden wir das **Wahlalter bei den Landtagswahlen in NRW
262 auf 16 Jahre** absenken. Dies ist auch für Schulen ein besonderer Anlass,

263 junge Menschen darin zu befähigen, die Bedeutung ihres eigenen Handelns zu
264 verstehen und Entscheidungen für eine nachhaltige und demokratische
265 Gesellschaft zu treffen.

- 266 • **Es geht darum, Demokratie nicht nur in der Schule zu lehren, sondern sie**
267 **zu leben.** Die Rechte von Schüler*innen bezüglich der Gestaltung,
268 Hausordnung und des Ablaufs ihrer Schule zu partizipieren, wollen wir
269 ausweiten. Wir wollen rechtlich prüfen, welche Gestaltungsräume
270 Schüler*innen verbindlich gewährt werden können, damit diese demokratisch
271 von ihnen gemeinsam verhandelt werden können. Zu diesem Zweck sollen auf
272 Landesebene Demokratielotsen eingesetzt werden, die Schulen bei der
273 Umsetzung von Schüler*innenpartizipation beraten und begleiten können.

- 274 • **Gute externe Bildungsangebote** sollen durch die Qualitätssicherung auf
275 Landesebene besser mit den Schulen vernetzt werden, damit diese nicht von
276 der Breite des Angebots überfordert werden und damit sie geeignete
277 Projekte für ihren Bedarf finden können. Auch wollen wir insbesondere die
278 Schulleitungen für partizipative Schulkultur sensibilisieren, sie
279 entsprechend fortbilden und die Eigenverantwortung der Schulen im Sinne
280 eines partizipativen Schullebens erhöhen. Wir wollen zudem die
281 Eigenverantwortung der Schulen im Sinne eines partizipativen Schullebens
282 erhöhen.

- 283 • **Wissenschaft und Forschung** von heute sind frei und das ist ihre Stärke.
284 Sie basieren auf Fakten und nachvollziehbaren Belegen und erstellen damit
285 eine elementare, wichtige Diskussionsgrundlage für demokratische
286 Aushandlungsprozesse. Aber auch die Wissenschaft war und ist nicht
287 gänzlich immun gegen rechtes Gedankengut und Desinformation, wie
288 insbesondere in Zeiten des Nationalsozialismus, des Kolonialismus oder bei
289 Gründung einer sich als Alternative bezeichnenden Partei. Deshalb muss
290 Wissenschaft die eigene Geschichte kritisch hinterfragen und in der
291 Gegenwart auch in ihren Reihen für die Werte unserer Demokratie eintreten.
292 Eine Wissenschaft, die das alles leistet, stößt auf den Widerstand der
293 Feinde der Demokratie. Jede Anfeindungen und jeder Angriffe auf
294 Wissenschaftler*innen verurteilen wir und gehen konsequent dagegen vor.

- 295 • Die **Landeszentrale für politische Bildung** leistet einen wichtigen Beitrag,
296 um die demokratische Kultur im Land zu stärken und die Teilhabe an
297 politischen Prozessen zu steigern. Wir sehen aber auch: Die politische
298 Bildung erreicht noch nicht genug Menschen und ist damit in ihrer Wirkung
299 noch nicht ausreichend. Deshalb müssen wir unseren Fokus auf eine
300

301 aufsuchende politische Bildung legen und die passenden Rahmenbedingungen
302 dafür setzen. Aus diesem Grund unterstützen wir das Vorhaben der schwarz-
303 grünen Landesregierung, die Institution inhaltlich und strukturell zu
stärken.

304 • Anti-Demokrat*innen und ihre Rechtsaußen-Unterstützer*innen missbrauchen
305 Politik-Skandale für verallgemeinernde Hetze und als Aufhänger für
306 Verschwörungserzählungen. Wir verteidigen das demokratische Ringen um
307 Kompromisse unter Beteiligung möglichst vieler betroffener Gruppen. Wir
308 machen Beteiligungsprozesse bei der Gesetzgebung transparent, indem wir
309 für NRW ein **Lobbyregister** einführen. Es wird durch einen sogenannten
310 **Legislativen Fußabdruck** ergänzt. Damit wird der Gesetzgebungsprozess
311 deutlich transparenter. Es wird in Zukunft offengelegt, welche
312 Lobbyist*innen Einfluss auf die Erarbeitung eines Gesetzes genommen haben
313 und welche Treffen zwischen Politik, Verwaltung und
314 Interessenvertreter*innen stattgefunden haben.

315 • Debatten müssen öffentlich auf Basis von Fakten geführt werden können. Wir
316 kämpfen dafür, die **Medienkompetenz aller Bürger*innen zu stärken** und
317 wollen damit gezielten Desinformationskampagnen entschlossen
318 entgegentreten. Wir fördern die Medienvielfalt und stärken die Bedeutung
319 des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Garant für eine ausgewogene und
320 neutral recherchierte Berichterstattung.

321 • Wir möchten die Sensibilität und Aufklärung zu gezielten
322 Desinformationskampagnen aus dem Ausland stärken, gerade aus Russland,
323 China und der Türkei. Unsere Mitbürger*innen, die zur Zielscheibe dieser
324 Kampagnen werden, müssen wir besser schützen. Dazu zählt auch, dass wir
325 bei Demokrat*innen für eine klare Haltung gegen solche Verbände und
326 Vereine werben müssen, die von autoritären Staaten aus dem Ausland
327 gesteuert werden. Wir unterstützen das Verbot von Sendern aus Russland,
328 die Propaganda eines Staates verbreiten, der einen völkerrechtswidrigen
329 Angriffskrieg führt.

330 • Wir fordern in den Verhandlungen für ein EU-Gesetz für Medienfreiheit,
331 dass Transparenz über den Besitz an Medien möglichst bürgernah
332 gewährleistet wird. Die Besitzer von Medien, die Desinformation
333 verbreiten, müssen öffentlich verantwortlich gemacht werden können. Wir
334 fordern die EU-Kommission auf, die Einhaltung der Regeln des EU-Gesetz für
335 digitale Dienstleistungen zu nutzen, um von großen digitalen Plattformen
336 die Löschung illegaler Hetze so schnell wie möglich einzufordern und als
337

338 Konsequenz für eine Nichtbefolgung das volle Maß an Sanktionen
339 auszuschöpfen.

339 • Wir begrüßen das **europäische Digitale-Dienste-Gesetz**, mit dem zum ersten
340 Mal weltweit Algorithmen sozialer Plattformen auf den Prüfstand gestellt
341 werden. Die Verbreitung von Desinformation und Hass dürfen kein
342 wirtschaftliches Geschäftsmodell sein. Gerade Frauen werden
343 überdurchschnittlich Opfer von Hass-Kommentaren im Netz mit immer noch
344 steigender Tendenz. Wir fordern die Bundesnetzagentur und die
345 Bundesregierung auf, sich bei der EU-Kommission für eine starke
346 Durchsetzung zum Schutz der Demokratie einzusetzen.

347 • Demokratie lebt vom Mitmachen, denn Beteiligung hilft uns dabei, Lösungen
348 zu finden, die von allen getragen werden. Politische Entscheidungsprozesse
349 können nur verbessert werden, wenn die unterschiedlichen Perspektiven und
350 Alltagserfahrungen einer Bevölkerung einfließen können. Damit dies
351 geschehen kann, bringen wir auf Landesebene den Prozess zur **Einsetzung**
352 **zweier Bürgerräte** voran, der zu ausgewählten Themen, die Gesellschaft
353 repräsentativ abbildend, stattfinden soll.

354 • Demokratie braucht eine engagierte Zivilgesellschaft, die sich für die
355 Gemeinschaft und ein gutes Miteinander einsetzt. Wir begrüßen daher den
356 Gesetzentwurf der Ampelregierung zum **Demokratiefördergesetz**, mit dem die
357 Erwartung einer auskömmlichen Finanzierung der Maßnahmen im Bereich der
358 Demokratieförderung, der Gestaltung einer vielfältigen Gesellschaft, der
359 Rechtsextremismusprävention sowie der politischen Bildung verbunden ist.

360 • Demokratie braucht politische Bildung, Orte des Zusammenkommens, des
361 gemeinsamen Lernens gerade für junge Menschen. Demokratie braucht neben
362 starken Gewerkschaften und einer starken Zivilgesellschaft auch starke
363 **demokratische Jugendverbände**. Als Bollwerk gegen Demokratiefeind*innen,
364 für Teilhabe und als Raum des Lernens wollen wir sie auf finanziell
365 sichere Füße stellen.

366 • Wir Grüne scheuen keine Auseinandersetzung, wir sind jederzeit bereit für
367 die politische Auseinandersetzung um das beste Argument. Als
368 Demokrat*innen sind wir bereit zuzuhören und Widerspruch hinzunehmen. Aber
369 die Toleranz in der Demokratie muss Grenzen haben. Sie darf nicht die
370 tolerieren, die sie abschaffen wollen. Wenn ausländische und insbesondere
371 autoritäre Staaten oder ihnen nahestehende Vereine versuchen, unsere
372 demokratische Grundordnung zu delegitimieren, sei es durch soziale Medien

373 oder in Präsenz, werden wir das nicht unbeantwortet lassen. Gerade dann
374 braucht es ein **Unterhaken der Demokrat*innen**. Ein Best-Practice Beispiel
375 ist der interfraktionelle Bundestagsbeschluss "Nationalismus und Rassismus
376 die Stirn bieten - Einfluss der Ülkücü-Bewegung zurückdrängen" aus dem
377 Jahr 2020.

Begründung

erfolgt mündlich.

V-01 Demokratie stärken heißt Bildung stärken

Gremium: Landesparteirat (LPR)

Beschlussdatum: 15.10.2023

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

1 Deutschland muss sich mehr anstrengen, um allen seinen Kindern und Jugendlichen
2 in einer sich rasch verändernden Welt umfängliche Bildungschancen zu
3 gewährleisten. Der bundesweite Bildungsprotesttag am 23.9.23 hat zu Recht eine
4 große Resonanz erfahren. Er hat den Bemühungen darum, eine Bildungswende zu
5 schaffen, Rückenwind gegeben.

6 Es kommt jetzt darauf an, gemeinsam zu handeln. Alle staatlichen Ebenen sind
7 gefordert, abgestimmt und nachhaltig in Bildung zu investieren. Ausbleibende
8 Investitionen heute gefährden die Zukunft unseres Landes. und sie beschädigen
9 das Recht auf Bildung, das allen Menschen zusteht. Wir stellen fest:

10 • Investitionen in Bildung sind die Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit. Sie
11 arbeiten gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft.

12 • Gute Bildung ist das Fundament einer starken Demokratie. Unser Land braucht
13 Menschen, die mit Herz und Verstand an die Zukunftsaufgaben für unsere
14 Gesellschaft gehen und das demokratische Gemeinwesen gestalten.

15 • Wir wollen kein Talent verlieren. Unsere Kinder sind die Fachkräfte von
16 morgen, die die Zukunft dieses Landes gestalten.

17 • Ein funktionierendes Bildungssystem ist auf handlungsfähige Kommunen
18 angewiesen.

19 **Wir wollen deshalb ein Zukunftspaket Bildung schnüren.**

20 Bund, Länder und Kommunen müssen an einen Tisch, um drängende Fragen zu
21 bearbeiten. Dass der Bildungsgipfel der Bundesbildungsministerin nicht genutzt
22 wurde, um die Bildungskrise zwischen den Ebenen zu thematisieren, ist eine
23 vertane Chance. Es muss jetzt darum gehen, dieses Versäumnis umgehend
24 nachzuholen, und in einem gemeinsamen Prozess zwischen alle staatlichen Ebenen

25 und im Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft die Weichen dafür zu stellen,
26 dass Deutschland in der Bildungspolitik besser wird.

27 Dabei muss es trotz enger werdender Spielräume in den Länderhaushalten, um die
28 Wiederherstellung kommunaler Handlungsfähigkeit und um konkrete Investitionen im
29 Bildungsbereich gehen. Das Land ist gefordert, mit den Kommunen gemeinsam eine
30 zukunftsfähige Schulträgerfinanzierung zu entwickeln, die die Aufgaben zwischen
31 Land und Kommunen nach vorne gerichtet gestaltet und ihre Finanzierung
32 absichert. Dies betrifft den Schulbau genauso wie die digitale Ausstattung der
33 Schulen. Mit den Rezepten und Mitteln des vergangenen Jahrhunderts lassen sich
34 die Anforderungen des 21. Jahrhunderts nicht mehr bewältigen.

35 Multiprofessionelle Kräfte am Lebensort Schule sind notwendig, um den Kindern
36 aus benachteiligten Quartieren Chancen zu eröffnen. Die im Quartier vorhandenen
37 Kräften müssen die Schulen in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag
38 unterstützen. Wir brauchen darum eine verlässliche Steuerung von Mitteln nach
39 Bedarf, ein Ganztagsangebot, das Kindern ganzheitliche Entwicklungsmöglichkeiten
40 bietet und mit den Schulen verzahnt ist.

41 Für uns ist klar: Der Rechtsanspruch auf Ganzttag muss im Schulgesetz NRW
42 verankert sein. Er muss die Möglichkeit bieten, dort, wo es die Bedarfe der
43 Sozialräume in den Kommunen oder die Wünsche der Eltern erfordern, gebundenen
44 Ganzttag rhythmisiert zu gestalten.

45 Und wir brauchen eine bessere Gestaltung des Übergangs zwischen
46 Kindertageseinrichtung und Grundschule. Eine Vereinbarung über verbindliche
47 Bildungsgrundsätze für Kinder zwischen 0 und 10 Jahren in NRW, die für einen
48 guten Übergang zwischen früher Bildung und Grundschule sorgt, ist überfällig.

49 Wir wollen handlungsfähige Kommunen, um die Arbeit in Kindertagesstätten, im
50 Offenen Ganzttag, im Ausbau der Unterstützungs- und Assistenzsysteme für
51 inklusive Bildung qualitativ zu stärken und weiter auszubauen. Angesichts der
52 fortdauernden multiplen Krisen und ihrer massiven finanziellen Folgen für die
53 kommunalen Haushalte führt eine unvorbereitete unmittelbare Integration der
54 Krisenkosten in die regulären Haushalte zur Handlungsunfähigkeit vieler Städte
55 und Gemeinden, die zu einem Stopp vieler Bildungsinvestitionen führen würde. Der
56 Sanierungsstau im Bereich der Schulen darf sich jedoch nicht weiter verschärfen,
57 sondern muss aufgeholt werden, und Bildungsorte müssen zukunftsfähig gestaltet
58 werden.

59 Wir wollen die Handlungsfähigkeit der Länder stärken, damit Aus und Fortbildung
60 in Erziehung, Bildung und Betreuung forciert wird und die personelle Ausstattung
61 verbessert wird. Wir wollen, dass die Gelder, die im Landeshaushalt für
62 Lehrkräftestellen vorgesehen sind und nicht besetzt werden können, den Schulen
63 über Kapitalisierung und Finanzierung von Unterstützungsstrukturen wie

64 students@school, Mentoringprogrammen und dem Ausbau multiprofessioneller Teams
65 verlässlich zur Verfügung gestellt werden.

66 Wir wollen, dass Bund und Land verlässlich in die Gemeinschaftsaufgabe Bildung im
67 Rahmen dieses Zukunftspakets Bildung investieren.

68 Das Start-Chancen-Programm ist nur ein erster Beitrag. Es zeigt, dass
69 Bildungspolitik auch im Föderalismus gemeinsame Anstrengungen von Bund und
70 Ländern gelingen können. Es braucht aber eine verlässliche Basis in einem
71 gesicherten mehrjährigen Investitionsprogramm, damit u.a. der Rechtsanspruch auf
72 den Ganzttag, die Digitalisierung und der Abbau von Bildungsungerechtigkeit
73 realisiert werden und Energien nicht in zähen Aushandlungsprozessen aufgezehrt
74 werden.

75 **Wir sind überzeugt: Ein Zukunftspaket Bildung stärkt das Zutrauen in die**
76 **Demokratie und die Entwicklung eines inklusiven und leistungsfähigen**
77 **Bildungssystems.**